

25. / 1. 1915

Wider den englischen Aushungerungsplan. (Eigener Bericht.)

Berlin, 24. Januar.

Eine eindrucksvolle Massenkundgebung zur Aufklärung der deutschen Konsumenten über ihre Pflichten in der gegenwärtigen schwierigen Zeit veranstaltete am heutigen Sonntag der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen im Zirkus Busch. Die Kundgebung war in erster Reihe gedacht als eine Abwehr gegen die Absichten der Engländer nach Aushungerung und wirtschaftlicher Niederzwingung des deutschen Volkes. Die Bedeutung der Kundgebung ist um so höher anzuschlagen, als der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen die Gewerkschaften, Genossenschaften, Angestellten-, Beamten- und Frauenverbände aller Richtungen vertritt, hinter denen mehr als 18 Millionen deutscher Verbraucher stehen, mithin fast ein Drittel des gesamten Volkes. Eine Reihe eingeladenen Behörden ließ sich bei der Kundgebung vertreten, darunter das preussische Landwirtschaftsministerium. Der Leiter der Versammlung, Reichstagsabg. Robert Schmidt, warnte zwar davor, die Ernährungsgefahr für das deutsche Volk größer erscheinen zu lassen, als sie in der Tat ist. Andererseits aber bezeichnete er es als töricht und falsch, wenn man nicht einer wirklich bestehenden Gefahr klar ins Auge sehen würde. Es wird dem deutschen Volke gelingen, die Aushungerungspläne seiner Feinde zunichte zu machen, wenn es die notwendigen Abwehrmaßnahmen ergreift und wenn der Appell an die große Öffentlichkeit nicht vergebens verhallt. Es gilt jetzt, das deutsche Volk und den deutschen Boden nicht nur zu verteidigen gegen die feindlichen Heere, sondern es muß vor allem gelingen, die von den Feinden beabsichtigte Invasion des Hungers überlegt und zielbewußt abzuwehren. (Lebhafte Beifall.)

Alsdann sprach Professor Dr. Zimmermann vom Büro für Sozialpolitik und bezeichnete den von England jetzt unternommenen Krieg gegen den deutschen Wagen als den letzten verzweifelten Versuch, Deutschland niederzuzwingen, nachdem es mit den Waffen nicht gelungen ist. Deutschland gleicht jetzt einer belagerten Festung, die alles selbst erzeugen muß, was sie verbraucht. Wird das gelingen? Die Franzosen prophezeien, daß die deutschen Nahrungsmittel nur etwa bis Mitte Mai reichen, und daß dann Deutschlands Niederlage besiegelt sein wird. Dabei müssen wir jetzt sehen, daß die Lebensmittelteuerung in England viel schärfer eintritt als bei uns, und daß der Weizenpreis in England ebenso hoch ist wie in Deutschland. Allerdings besteht in England nur eine Preisnot, keine Vorratsnot. Aber der Weltweizenmarkt ist gespannt, Kanada, Indien und Australien haben schlechte Ernten gehabt, und die Dardanellen sind gesperrt. Die Vereinigten Staaten und Argentinien haben daher ein Weizenmonopol und diktieren England Kriegspreise. Dazu kommt die den Weizentransport von Amerika nach England mindestens sehr gefährdende, für uns erhebliche Tätigkeit der deutschen U-Boote. Vorläufig entwickelt sich also der englische Aushungerungsplan anders als die Engländer es sich gedacht haben. Aber die Engländer sind zäh, sie rechnen mit einer

langen Dauer des Krieges.

Wir müssen daher an das Morgen und Uebermorgen denken, weil sich dann das fehlende Viertel unseres Nahrungs- und Futtermittelbedarfs für uns peinlich fühlbar machen wird. Die Hoffnung, daß uns das gelingt, ist durchaus begründet, wenn wir nur unsere Ernährungsweise zweckmäßig ändern. Dann werden wir trotz des Fortfalls der ausländischen Zufuhr mit unseren Vorräten und unseren eigenen Erzeugnissen nicht nur den notwendigen Mindestbedarf decken können, sondern wir können sogar $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{10}$ darüber hinaus erzielen. Wir müssen nur überlegt wirtschaften, die vorhandenen Nahrungs- und Futtermittel rationell ausnutzen, dürfen nichts ungenutzt lassen, müssen knappwerdende Nahrungs- und Futtermittel durch andere ersetzen, müssen Konservierungsmittel, die zeitweilig reichlich zur Verfügung stehen, konservieren, und müssen vor allem die Gewinnung und Erzeugung neuer Nahrungs- und Futtermittel im eigenen Lande nach Möglichkeit fördern. Dazu gehört vor allem die Bepflanzung aller brachliegenden Flächen, auch aller Bauländereien, die Urbarmachung der Deh- und Moorländereien und auch die Bebauung eines Teiles unseres Rübenlandes mit Getreide. Alle guten Ratschläge aber werden nichts helfen, weil die Menschen nun einmal von alten Gewohnheiten in der Ernährung nicht gern ablassen. Deshalb müssen die Zwangsmittel des Staates auch hier eingreifen, weil sonst die Gefahr besteht, daß die egoistische Schlantheit vieler Privatwirtschaften alle Weisheiten der Regierung und der Volkswirtschaft über den Haufen wirft. Auch die Regierung hat eingesehen, daß es ohne Zwang nicht gehen wird, und will

neue radikale Maßnahmen ergreifen,

über die zurzeit beraten wird. Das wichtigste ist eine zweckmäßige Regelung der Brotgetreidefrage, die ziemlich verfahren zu sein scheint, und in der man drei Monate früher schon hätte das ausführen müssen, was jetzt erst geschehen ist. Hier sehen sich zwei

Ansichten gegenüber: die einen befürworten die Heraussetzung der Höchstpreise für Brotgetreide, die anderen empfehlen die öffentliche Beschlagnahme und rationswise Verteilung des Brotgetreides und der Mehlvorräte. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen vertritt eine weitere Heraussetzung der Höchstpreise, die eine Kette ohne Ende seien, im Volke böses Blut machen und einigen Händlern und Unternehmern Riesengewinne zuführen würde. Die öffentliche Beschlagnahme bleibt das einzige Mittel, und die ihr entgegenstehenden technischen Schwierigkeiten müssen gelöst werden. Sie können und werden gelöst werden, wenn in allen Kreisen des Volkes die notwendige Selbstsucht und Organisationsbereitschaft vorhanden ist. Nur dann wird es gelingen, alle Aushungerungspläne der deutschen Feinde zunichte zu machen. (Lebhafte Beifall.)

Nachdem noch Hrl. Dr. Gertrud Bäumer, die Vorsitzende des Bundes der Deutschen Frauenvereine, den zahlreich anwesenden Frauen eine Reihe praktischer Vorschläge und Mahnungen mit auf den Weg gegeben hatte, gelangte einstimmig die

folgende Resolution

zur Annahme:

„So dankenswert und nötig auch alle Aufklärungsbestimmungen und Mahnungen sind, um die Bevölkerung zum sparsamen Brotgenuß, zu verständnisvollem Haushalten mit den knappen werdenden Nahrungs- und Futtermitteln und zum Ansammeln gewisser Dauerwaren zu bestimmen, so vertragen doch solche bloß erziehlische Maßnahmen gegenüber tiefeingewurzelten Gewohnheiten und eingebildeten Bedürfnissen. Auch die bisherigen gesetzlichen Verbote und Eingriffe in die Viehwirtschaft, den Handel und die Bäckerei genügen nicht. Der Ernst und die Größe der Aufgabe verlangen eine entscheidende Tat. Die Versammlung erwartet in Uebereinstimmung mit zahlreichen Sachkennern nur von einer

öffentlichen Beschlagnahme aller Brotgetreide- und Mehlvorräte

und ihrer geregelten Verteilung gegen Mehl- und Brotscheine an die Verbraucher eine wirksame Sicherung der noch vorhandenen Vorräte für den unentbehrlichen Bedarf der Volksgesamtheit im Gegensatz zur bisherigen Verzettlung des Getreides durch Private oder durch Viehzüchter. Mit Entschiedenheit lehnen wir dagegen die angeregte Heraussetzung der Getreidehöchstpreise, aber ebenso die Verrückung der Höchstpreise ab, da sie keinerlei nennenswerte Ersparnisse gewährleistet, die unbemittelten Volksklassen aber zugunsten weniger zahlungsfähiger Aufkäufer schwer benachteiligen müßte und dadurch die nationale Einnützigkeit gefährdet. Gleichzeitlich empfehlen wir dringend, angesichts des bevorstehenden Schweineabschlachtens eine Regelung der Vieh- und Fleischverwertung durch städtische und genossenschaftliche Markt- und Speichermassnahmen. Durch sofortiges planmäßiges Eingreifen öffentlicher Organisationen, aber auch nur dadurch kann die Brot- und Fleischversorgung gegenüber den Aushungerungsdrohungen Englands in Deutschland so geregelt werden, daß die Wirtschaftskraft der unbemittelten Volksgenossen selbst die längste Kriegsdauer zu überstehen vermag.“

Mit einem Hoch auf die Einnützigkeit des deutschen Volkes, im gegenwärtigen Krieg bis zum Frieden durchzuhalten, schloß die Kundgebung.